



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

3.1	Umbenennung in der Fluglärmenschutzkommission Antrag der SPD-Fraktion Drucksache: 21-2927	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Die SPD-Fraktion beantragt folgende Änderung in der **Fluglärmenschutzkommission**

Abberufung: Rainer Dugaro als Mitglied

Neuberufung: Reinhard Kunde als Mitglied

(Gunnar Eisold bleibt stv. Mitglied)

Petition/Beschluss:

Um Kenntnisnahme und Zustimmung wird gebeten.

Angelika Bester
Fraktionsvorsitzende

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

3.2	Umbenennung im Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Antrag der CDU-Fraktion Drucksache: 21-2959	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Die CDU-Bezirksfraktion benennt für den Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel folgende Person:

Alt: Martin Fischer

Neu: Ann-Catrin Stock

als ständige Vertretung.

Petitum/Beschluss:

Um Zustimmung wird gebeten.

Dr. Andreas Schott

Fraktionsvorsitzender

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

4.1	Bezirkliche Mittel für Ausstattungselemente in der WIESE Gemeinsamer Antrag von GRÜNE- und SPD-Fraktion Drucksache: 21-2929	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Am Wiesendamm 24 ist in den letzten Jahren das Theatrale Produktions- und Bildungszentrum WIESE eG entstanden. Auch das Junge Schauspielhaus, die Theaterakademie und das Institut für Kultur- und Medienmanagement der Hochschule für Musik und Theater (HfMT) sind mittlerweile an den Wiesendamm umgezogen. Kampnagel, Zinnschmelze, Museum der Arbeit und Hamburger Puppentheater sind ebenfalls in der Nähe. Durch diese Vielfalt an kulturellen Einrichtungen wird ein ganz neuer kultureller Austausch möglich.

Die Gesamtinvestition für das Projekt WIESE betrug 4,1 Millionen Euro, der wesentliche Teil wurde über das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ finanziert, weitere Mittel kamen von der Kulturbehörde und der Bürgerschaft. Die WIESE eG selbst hatte Eigenkapital mitgebracht und ein Darlehen aufgenommen. Auch die Bezirksversammlung Hamburg Nord hat das Projekt der freien Theaterszene von Beginn an unterstützt. Dazu gehörte der Erwerb von 10 Genossenschaftsanteilen durch das Bezirksamt. Weiterhin wurden der WIESE eG im Dezember 2019 100.000 Euro aus bezirklichen Mitteln für die Ausstattung der Probenräume bewilligt.

Am 29. September 2021 hat Kultursenator Carsten Brosda in einem festlichen Akt die WIESE an die Genossenschaft übergeben. Die Wiese eG hatte den Betrieb schon im Oktober 2020 aufgenommen - aufgrund der Corona-Pandemie allerdings nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen. Zur Deckung der laufenden Kosten ist die WIESE auf die Vermietung von Räumlichkeiten angewiesen. Bei bisherigen Vermietungen stellte sich heraus, dass die Räume noch nicht so ausgestaltet sind, dass vielfach geäußerten Wünschen von Veranstalter:innen entsprochen werden kann. Um diese konkrete Nachfrage bedienen, Einnahmen erzielen und somit in den Vollbetrieb gehen zu können, fehlen noch Ausstattungselemente.

1. Akustik: Die Akustik im großen Saal (380m²/Deckenhöhe 7,50m) muss verbessert werden, daher sollen Decken- und Wandelemente angebracht werden.
2. Verdunkelungsmaßnahmen: Der große Saal verfügt über zwei Tageslichtpyramiden (jeweils 4x4m Grundfläche), die für bestimmte Veranstaltungen vollständig abgedun-



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.12.2021

kelt werden müssen. Eine passende Verdunkelungsmöglichkeit soll daher angebracht werden.

3. Flügel: Es wird ein (gebrauchter) Flügel benötigt. Da bereits Nutzungen abgesagt wurden, weil kein Flügel zur Verfügung steht, kann mit dessen Anschaffung eine Verbesserung der Vermietbarkeit erreicht werden.
4. Spiegelwände: Alle Tanzsäle müssen mit körperhohen Spiegelwänden aus Sicherheitsglas ausgestattet werden. Sowohl die Ballettgruppen als auch die Schauspielgruppen benötigen die Spiegel, um sich beim Tanzen oder Theaterspielen selber zu sehen. Momentan hat nur ein kleiner Raum Spiegel.

Alles in allem handelt es sich um eine Investitionssumme von 73.422 Euro, wovon die WIESE eG 7.422,02 Euro aus Eigenmitteln übernehmen kann. Eine zügige Unterstützung durch die Bezirksversammlung ist sinnvoll, damit die nur noch im Jahr 2021 gültigen Angebote angenommen werden können. Sollten neue Angebote für 2022 eingeholt werden müssen, wäre mit Kostensteigerungen zu rechnen.

Petitum/Beschluss:

Vor diesem Hintergrund möge der Hauptausschuss beschließen:

Um der WIESE eG zu ermöglichen, ihre Räumlichkeiten zukünftig besser vermieten zu können und so eine Vollausslastung zu erreichen, stellt die Bezirksversammlung Hamburg-Nord 66.000,00 Euro aus bezirklichen Mitteln zur Verfügung.

Für die GRÜNE Fraktion
Timo B. Kranz
Isabel Permien
Angelina Platz

Für die SPD Fraktion
Angelika Bester
Lena Otto

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

4.3	Hamburger Stadtmusikanten Gemeinsamer Antrag von GRÜNE- und SPD- Fraktion Drucksache: 21-2941	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Am 12. Oktober 2021 tauchte auf einer Wiese an der Außenalster Höhe Schöne Aussicht eine mit „Hamburger Stadtmusikanten“ betitelte Skulptur auf. Abgebildet sind Hund, Affe, Kaninchen und Ratte - offenkundig in Anlehnung an die Bremer Stadtmusikanten. Zu dieser Guerilla-Aktion existiert auch eine Website [1], die klarstellt, dass die Skulptur ein „Mahnmahl für die Opfer der Tierversuche“ darstellt. Wie von den Initiator*innen sicherlich beabsichtigt, hat das Auftauchen der Skulptur zu einer Debatte über das Thema Tierversuche geführt.

Das Aufstellen eines Mahnmals im öffentlichen Raum ist an eine Sondernutzungsgenehmigung gebunden, die hier allerdings bislang wohl nicht beantragt wurde. Im Zuge eines Prüfverfahrens wird üblicherweise der Standort auf seine Eignung hinsichtlich Sicherheit und Stadtbild geprüft, vor allem aber auch die Sicherheit der Skulptur selbst. Sie darf zum Beispiel nicht leicht umzustoßen sein oder scharfe Kanten und Spitzen haben, die Menschen leicht verletzen könnten. Zumindest Letzteres wurde vom Bezirksamt bereits geprüft, so dass die Skulptur nicht zur Gefahrenabwehr umgehend entfernt werden musste. Da bereits Stimmen laut wurden, die Skulptur zu legalisieren, sollten auf Grund des besonderen öffentlichen Interesses in diesem Einzelfall Möglichkeiten dafür ausgelotet werden.

Petition/Beschluss:

Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, Möglichkeiten einer legalen Aufstellung der an der Außenalster aufgetauchten Skulptur „Hamburger Stadtmusikanten“ prüfen zu lassen.

Für die GRÜNE Fraktion
Timo B. Kranz

Für die SPD-Fraktion
Angelika Bester

[1] www.hamburger-stadtmusikanten.org

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : GRÜNE, SPD, DIE LINKE, FDP
Gegenstimmen : CDU
Stimmenthaltungen :



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

4.4	Bezirkliche Sondermittel Gemeinsamer Antrag von GRÜNE- und SPD- Fraktion Drucksache: 21-2945	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Petitum/Beschluss:

Die GRÜNE Fraktion und die SPD-Fraktion beantragen, der Hauptausschuss möge folgende Sondermittelanträge beschließen:

Nr.	Antragsteller	Verwendungszweck	Antragssumme in Euro
127	Garten der Frauen e.V.	Erinnerungswürfel für 248 verstorbene Säuglinge/Kleinkinder von Zwangsarbeiterinnen	14.253,99
128	Evangelisch-lutherische Gemeinden in Langenhorn	Open-Air-Bühne auf dem Langenhorner Markt am 24.12.21: Kasperletheater und Gospel-Auftritt	3.200,00
131	Ev. Stiftung Alsterdorf	Küchenausstattung für St. Nicolaus	9.383.,00

Für die GRÜNE Fraktion
Timo Kranz

Für die SPD-Fraktion
Angelika Bester

Abstimmungsergebnis:

Nummer 127:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Nummer 128:

3.200,00 €

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : GRÜNE, SPD, CDU
Gegenstimmen : DIE LINKE
Stimmenthaltungen : FDP

Nummer 131:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : GRÜNE, SPD, CDU
Gegenstimmen : DIE LINKE, FDP
Stimmenthaltungen :



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

4.5	Teilnehmende von bezirklichen Gremiensitzungen vor Corona-Infektion schützen: Geschäftsordnung der Bezirksversammlung Hamburg-Nord ergänzen Interfraktioneller Antrag Drucksache: 21-2961	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Mit einstimmigem Beschluss des Hauptausschusses wurde das Bezirksamt im September gebeten, zu prüfen, ob die 3G-Regelung verbindlich für alle Besucher*innen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse durch eine Änderung der Geschäftsordnung oder in einer anderen Art und Weise durchgesetzt werden kann. Es ist für die Mitglieder der Bezirksversammlung nicht erkennbar, warum der Schutz der Teilnehmenden vor einer möglichen Infektion bei bezirklichen Sitzungen anders ausfallen sollte als bei anderen öffentlichen Treffen oder Veranstaltungen.

Mit Drs. 21-2753 [1] informierte das Bezirksamt die Bezirksversammlung, dass es aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei, das 3G-Modell für Sitzungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse anzuwenden. Dafür fehle die Rechtsgrundlage.

Daraufhin hat die Bezirksversammlung am 21. Oktober 2021 mit den Stimmen der GRÜNEN, der SPD, der CDU und der LINKEN beschlossen [2], dass die zuständigen Behörden gebeten werden, baldmöglichst eine Rechtsgrundlage dafür zu schaffen, dass für Gäste von bezirklichen Gremiensitzungen die gleichen Regeln gelten, wie für den Besuch von anderen öffentlichen Veranstaltungen gemäß §9 HmbSARS-CoV-2-EindämmungsVO. Dies betrifft insbesondere die Vorgabe, dass nur geimpften, genesenen oder getesteten Gästen ein Zugang ermöglicht wird (3G-Modell).

Eine Antwort auf diesen Beschluss ist bisher nicht erfolgt. Auch angesichts der zunehmenden Infektionszahlen in Hamburg ist für die Antragstellenden aber eine schnellstmögliche Lösung im Sinne des Gesundheitsschutzes dringend notwendig. Die aktuell vorliegende Infektionslage (Inzidenz), der Reproduktionswert sowie die Zahl der intensivmedizinisch betreuten Patient*innen (Krankenhausauslastung) gibt Anlass zu erhöhten Vorsichtsmaßnahmen gegen die weitere Ausbreitung des Virus.

Der Bundestag hat mit Wirkung zum 24.11.2021 das Infektionsschutzgesetz (IfSG) geändert. Laut einer Mitteilung des Bezirksamts bietet der neu eingeführte § 28a Absatz 7 der BV die Möglichkeit, eine 3G-Regelung per Geschäftsordnung einzuführen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Petition/Beschluss:

Die Geschäftsordnung der Bezirksversammlung Hamburg-Nord wird wie folgt ergänzt:

§ 8a

Öffentlichkeit von Präsenzsitzungen während der Corona-Pandemie

Zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit (COVID-19) kann durch Beschluss des Hauptausschusses der Zugang der Öffentlichkeit zu Präsenzsitzungen der Bezirksversammlung sowie ihrer Regional- und Fachausschüsse durch geeignete Maßnahmen geregelt werden.

Grundlage für die Festsetzung dieser Regelungen ist § 28a Absatz 7 in Verbindung mit § 28 Absatz 1 Satz 1 und 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionsgeschehen.

Für die GRÜNE Fraktion: Timo B. Kranz
Für die SPD-Fraktion: Angelika Bester
Für die CDU-Fraktion: Dr. Andreas Schott
Für die Fraktion DIE LINKE: Angelika Traversin, Jonas Wagner

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : GRÜNE, SPD, CDU, DIE LINKE
Gegenstimmen : FDP
Stimmenthaltungen :



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

5.1	Quartiersfonds 2021 Hier: Finanzierung einer Stelle Interkulturelle Öff- nung im Gebiet Essener Straße/ Langenhorn im Jahr 2022 im ella Kulturhaus Drucksache: 21-2854	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Das Bezirksamt schlägt vor, die Koordinationsstelle Interkultur Langenhorn im ella Kulturhaus für das Jahr 2022 mit 40.000€ zu finanzieren.

Die beantragte Förderung beinhaltet die Personal- und Sachkosten.

Das ella Kulturhaus Langenhorn liegt im Gebiet Essener Straße in Langenhorn. Der Sozialraum ist durch seine Insel-Lage und durch sozialen Wohnungsbau gekennzeichnet. Das Kulturhaus bietet zum einen Veranstaltungen und initiiert kulturelle Beteiligungsprozesse in Kursen, Gruppen und Projekten.

In Langenhorn gibt es aktuell 7 Wohnunterkünfte mit rund 1.600 Plätzen; mit drei von den Unterkünften (Ohkamp/ Jugendparkweg und Fiebiger Straße) hat das ella Kulturhaus regelmäßige Kooperationen etabliert.

Das Quartier Essener Straße und Langenhorn gehören zu den großen Zuzugsgebieten für Menschen aus aller Welt. In der unmittelbaren Nachbarschaft wohnen neben den deutschen Familien u.a. afghanische, pakistanische, iranische, russischstämmige, afrikanische und türkische Familien.

Das Kulturhaus kooperiert kontinuierlich mit inklusiven Trägern wie EvaMigra e.V., Mimi, mo-by.family/ fördern&wohnen, um sich für die Verwirklichung der kulturellen Lebensbedürfnisse im Stadtteil einzusetzen.

Die Stelleninhaber*in Interkultur übernimmt dabei die Funktion, zwischen den unterschiedlichen Einrichtungen und Akteuren vernetzend tätig zu werden, um die kulturellen Bedürfnisse der unterschiedlichen Communities aufzunehmen, zu unterstützen und anschließend in Angebote umzuwandeln.

Bei solchen Projekten, wie das Frauen-Sprach-Café, den Frauenfesten, das Buffet der Kulturen oder der Weltküche werden durch die Stelleninhaber*in die interkulturellen Communities gezielt angesprochen und das Thema Einwanderung und kulturelle Vielfalt aktiv in das Kulturhaus hinein getragen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.12.2021

Gerade in der durch die Pandemie sich zuspitzenden Lage für sozial schwächere und im öffentlichen Leben wenig repräsentierten Bevölkerungsgruppen ist die Kontinuität von Angeboten und Teilhabemöglichkeiten, die das Kulturhaus bereithält, von hoher Wichtigkeit. Die personelle Res-source in diesem Arbeitsbereich ermöglicht es dem ells Kulturhaus verstärkt Menschen einzuladen, die von sozialer Ungleichheit betroffen sind oder auf besonders niederschwellige Angebote zur Begegnung angewiesen sind.

Da das ells Kulturhaus aus sich heraus nicht den Bedarf nach der erweiterten interkulturellen Gemeinwesen- und Kulturarbeit erfüllen kann, sollte diese Stelle dringend erhalten werden.

Aktuell stehen Mittel in Höhe von 80.940 € zur Verfügung (s. Anlage).

Um die Mittel 2021 möglichst in vollem Umfang auszuschöpfen, beabsichtigt das Bezirksamt darüber hinaus die Finanzierung der Miet- und Nebenkosten des Langenhorn-Archivs mit 10.328€, Förderung einer Interkulturellen Internetseite „middenmang“ mit 7.500€ und die Finanzierung des Transkulturellen und Interreligiösen Lernhauses der Frauen (LHF) bei Evangelisch-Lutherischem Kirchenkreis Hamburg-Ost / Arbeitsstelle Ökumene mit 5.210€. Außerdem werden für die Verwaltung der Bürger*innenbudget zusätzlich 15.000€ eingeplant.

Der Quartiersfonds 2021 wird dadurch bis auf € 2.902,- ausgeschöpft (s. Anlage).

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis und stimmt dem Vorschlag des Bezirksamtes zu, € 40.000,00,- aus dem Quartiersfonds an den Träger zur Finanzierung einer Koordinationsstelle Interkultur/ Langenhorn *ells* für den Zeitraum 01.01.2022 bis zum 31.12.2022 zu bewilligen.

Michael Werner-Boelz

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

5.2	Quartiersfonds 2021 Hier: Finanzierung des Projektes „online-magazin middenmang“ für die Zeit 01.07.2021-31.12.2022 im Kulturpunkt Barmbek Basch Träger: Kulturhaus Dehnhaide e.V. Drucksache: 21-2855	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Das Bezirksamt schlägt vor, dem Verein Kulturhaus Dehnhaide e.V., Träger des Projektes „online-magazin middenmang“, mit 7.500 € zu unterstützen, um die Fortführung des Projektes bis zum Jahresende 2022 zu sichern.

Das Vorhaben wird aktuell mit 15.000 € für die Zeit vom 01.07.2021 bis zum 30.06.2022 aus dem Quartiersfonds 2021 gefördert. Um die Fortführung des Projektes bis zum Jahresende 2022 zu gewährleisten, benötigt der Träger eine Aufstockung in Höhe von 7.500 €.

Das Projekt „middenmang“ ist ein online-magazin von Menschen aus dem Stadtteil Barmbek Süd und darüber hinaus in Hamburg und der Welt. In diesem Projekt kommen die Menschen zu Wort, die unsere Stadt sozial und kulturell bereichern. Dabei geht es primär darum, das Positive einer diversen Gesellschaft darzustellen und hervorzuheben.

Durch digitale Medien wird eine größere Reichweite an Menschen erreicht. So entstand auch die Idee dieses Projekts, eine diverse Gesellschaft digital darzustellen und Menschen zu motivieren, mitzumachen. Dabei werden Menschen aller Altersgruppen, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit inklusivem Hintergrund erreicht.

Das Projekt „online-magazin middenmang“ erbringt somit digitale Bildung und Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts für die Menschen im Stadtteil Barmbek Süd für ca. 200 Nutzer*innen mit 200 Angeboten im Jahr.

Diese Leistung wird durch Fachhonorarkräfte im Bereich online-Redaktion, Content- Management und Handwerk, einer Programmiererin, einer online-Netzwerkerin, einer Projektleitung und einige Ehrenamtlichen erbracht.

Aktuell stehen im Quartiersfonds noch Mittel in Höhe von 80.940 € zur Verfügung.

Um die Mittel 2021 möglichst in vollem Umfang auszuschöpfen, beabsichtigt das Bezirksamt darüber hinaus die Finanzierung der Miet- und Nebenkosten des Langenhorn-Archivs mit 10.328€, Förderung einer Stelle Interkulturelle Öffnung im *ella* Kulturhaus mit 40.000 € und die



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.12.2021

Finanzierung des Transkulturellen und Interreligiösen Lernhauses der Frauen (LHF) bei Evangelisch-Lutherischem Kirchenkreis Hamburg-Ost / Arbeitsstelle Ökumene mit 5.210€. Außerdem werden für die Verwaltung der Bürger*innenbudget zusätzlich 15.000 € eingeplant.

Der Quartiersfonds 2021 wird dadurch bis auf 2.902,- € ausgeschöpft.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis und stimmt dem Vorschlag des Bezirksamtes zu, 7.500 € aus dem Quartiersfonds 2021 an den Träger zur restlichen Finanzierung des Projekts „online-magazine middenmang“ für den Zeitraum 01.07.2022 bis zum 31.12.2022 zu bewilligen.

Michael Werner-Boelz

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

5.3	Quartiersfonds 2021 Hier: Verwaltungskosten für das Bürger*innenbudget für Hamburg-Nord Drucksache: 21-2856	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Das Bezirksamt schlägt vor € 15.000,- aus dem Quartiersfonds für die Verwaltung des Bürger*innenbudget zur Verfügung zu stellen, um einen Träger mit der Bearbeitung zu beauftragen.

Das Bürger*innenbudget wurde am 16.09.21 durch die Bezirksversammlung beschlossen (Drs. 21-2665). Es sieht die Zuwendung von Beträgen bis zu € 1500,- vor. Um die Vergabe dieser Mittel möglichst niedrigschwellig für die Antragsteller*innen zu gestalten, sollen diese an einen Träger gegeben werden, der dann in einem schlanken Verfahren die Anträge und die Abrechnung übernimmt (analog dem Verfahren bei den Mitteln für Bürgerliches Engagement, die durch den Internationalen Bund verwaltet werden). Die Freiwilligenagentur Hamburg-Nord hat signalisiert, dass sie dazu bereit ist.

Für den Verwaltungsaufwand der Freiwilligen Agentur wird eine Vergütung von € 5000,-/pro Jahr angesetzt. Um das Budget für die Bürger*innen nicht zu verringern, wird vorgeschlagen aus den vorhandenen Mitteln des Quartiersfonds 2021 € 15.000,- für die Verwaltung des Fonds in den nächsten drei Jahren (2022 bis 2024) zur Verfügung zu stellen.

Aktuell stehen im Quartiersfonds Mittel in Höhe von 80.940 € zur Verfügung.

Um die Mittel 2021 möglichst in vollem Umfang auszuschöpfen, beabsichtigt das Bezirksamt darüber hinaus die Finanzierung der Miet- und Nebenkosten des Langenhorn-Archivs mit 10.328€, Förderung einer Interkulturellen Internetseite „middenmang“ mit 7.500€ und die Finanzierung des Transkulturellen und Interreligiösen Lernhauses der Frauen (LHF) bei Evangelisch-Lutherischem Kirchenkreis Hamburg-Ost / Arbeitsstelle Ökumene mit 5.210€ und die Finanzierung der Stelle Interkultur bei ELLA-Kulturhaus mit € 40.000,-

Der Quartiersfonds 2021 wird dadurch bis auf € 2.902,- ausgeschöpft.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis und stimmt dem Vorschlag des Bezirksamtes zu € 15.000,- aus dem Quartiersfonds für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Bürger*innenbudgets für die Jahre 2022 bis 2024 zur Verfügung zu stellen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Michael Werner-Boelz

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : GRÜNE, SPD, DIE LINKE
Gegenstimmen :
Stimmenthaltungen : CDU, FDP



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

5.4	Quartiersfonds 2021 Hier: Antrag auf Zuschuss für das Transkulturelle und Interreligiöse Lernhaus der Frauen in der Region Barmbek/ Dulsberg Drucksache: 21-2858	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Das Bezirksamt schlägt vor 5210,- € aus dem Quartiersfonds für das Projekt „Transkulturelle und Interreligiöse Lernhaus der Frauen“ auf dem Dulsberg zur Verfügung zu stellen.

Ab Januar 2022 wird in der Region Barmbek-Dulsberg das „Transkulturelle und Interreligiöse Lernhaus der Frauen“ starten. Das Lernhaus soll ein Ort der Begegnung und des Dialogs für Frauen mit und ohne Migrationsgeschichte, mit und ohne religiöse Wurzeln werden. Ein Raum für Frauen, die sich im alltäglichen Leben durch ihre Verschiedenartigkeit nicht unbedingt begegnen würden.

Ein Jahr lang, einmal monatlich werden sich die Teilnehmerinnen in der Frohbotschaftskirche Dulsberg, Straßburger Platz 6, 22049 Hamburg, treffen und Themen erarbeiten. Das Ziel des Projektes ist, dass die Lernhaus-Teilnehmerinnen zu Dialogexpertinnen und Multiplikatorinnen ausgebildet werden um zwischen den unterschiedlichen Kulturen und Religionen, sei es bei ihrer Arbeit oder auch im persönlichen Umfeld wirkungsvoll zu vermitteln. Bei verbindlicher Teilnahme wird am Ende des Jahres eine qualifizierte Teilnahmebescheinigung ausgehändigt (Konzept s. Anhang).

Die Veranstalterinnen sind die Arbeitsstelle Ökumene - Interkulturelle Kirche im Kirchenkreis Hamburg-Ost und das Frauenwerk der Nordkirche.

Der Antrag wird in Abstimmung mit dem Bezirksamt gestellt. Für die Umsetzung des Projektes wird neben dem Eigenanteil (s. Kostenplan) ein Zuschuss in Höhe von **5.210,00 €** beantragt und stellt sich wie folgt zusammen:

Gesamtsumme des Projektes (ohne Eigenmittel): **12.810,00 €**
Einnahmen: - 7.600,00 €

Benötigter Zuschuss: 5.210,00 €

Zusätzliche Eigenmittel: 9.064,00 €



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.12.2021

Das Bezirksamt befürwortet sowohl das Projekt, als auch den Antrag und somit die einmalige Bezuschussung der o.g. Summe in Höhe von **5.210,00 €** aus dem Quartiersfonds 2022.

Aktuell stehen im Quartiersfonds Mittel in Höhe von 80.940 € zur Verfügung.

Um die Mittel 2021 möglichst in vollem Umfang auszuschöpfen, beabsichtigt das Bezirksamt darüber hinaus die Finanzierung der Miet- und Nebenkosten des Langenhorn-Archivs mit 10.328€, Förderung einer Interkulturellen Internetseite „middenmang“ mit 7.500€ und die Finanzierung der Stelle Interkultur beim ELLA-Kulturhaus mit 40.000,- €. Außerdem werden für die Verwaltung der Bürger*innenbudget zusätzlich 15.000 € eingeplant.

Der Quartiersfonds 2021 wird dadurch bis auf 2.902,- € ausgeschöpft.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis und stimmt dem Vorschlag des Bezirksamtes zu, 5210,- € für das Projekt Lernhaus Dulsberg aus dem Quartiersfonds zur Verfügung zu stellen.

Michael Werner-Boelz

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

7.1	Speziell ausgewiesene Parkplätze für Servicefahrzeuge von Dienstleistern in dicht besiedelten Wohngebieten mit Mehrfamilienhäusern Beschlussempfehlung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität Drucksache: 21-2890	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität hat sich in seiner Sitzung am 17.11.2021 mit der o.g. Thematik befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Der Bezirksamtsleiter wird gebeten,

- a. sich durch den Senator für Wirtschaft und Innovation über die Erkenntnis des Pilotversuchs berichten zu lassen
- b. der Bezirksversammlung bzw. dem Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Digitales und dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität die Ergebnisse zu präsentieren.

Hintergrund:

Unsere Gesellschaft ist auf viele und vielfältige Dienstleistungen am Wohnort angewiesen, wie u.a. Pflegedienste, Handwerker, Taxi, Essen auf Rädern, Lieferdienste und andere Servicefahrzeuge. In den allermeisten Fällen ist für die Ausübung dieser Dienstleistungen die Anfahrt mit einem Kfz erforderlich und damit verbunden das Vorhandensein einer Parkmöglichkeit am Ort der Erbringung der Dienstleistung. Die große Parkplatznot in dicht besiedelten Gebieten erschwert jedoch jenen wichtigen Dienstleistern in erheblichen Maß die Ausübung ihrer Tätigkeit. Sie belasten mit dem Suchverkehr die Umwelt und wenden wertvolle Arbeitszeit zur Parkplatzsuche auf. Schlussendlich stehen sie entweder in der zweiten Reihe und behindern dadurch den Durchgangsverkehr oder parken in weiter Entfernung zum Kunden. Dies bringt eine wirtschaftliche Unkalkulierbarkeit der Dienstleistung mit sich und hat dazu geführt, dass insbesondere Handwerker Aufträge immer öfter gar nicht mehr annehmen oder/und die Kosten für den Bürger steigen.

Bisher konnte das Kernproblem, dass nämlich oftmals gar keine Parkplätze in unmittelbarer Nähe des jeweiligen Einsatzortes vorhanden sind, nicht gelöst werden. Darüber hinaus werden Parkplätze vielerorts in Anwohnerparkzonen und gebührenpflichtige Parkplätze umgewandelt. Verschiedene Ansätze aus der Bürgerschaft, wie z.B. das vereinfachte Genehmigungsverfahren für Parkausweise an Baustellen, zeigen, dass Lösungen gesucht werden. Die Behörde für Wirtschaft & Innovation hat nunmehr einen Pilotversuch mit vier smarten Ladezonen im Bezirk Mitte gestartet. Registrierte Paketdienstleister, Kuriere und Lieferanten können in den Zonen per Smartphone vorab Stellplätze buchen. Auf Schildern wird angezeigt, welches Lieferfahrzeug



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.12.2021

dort jeweils parkberechtigt ist. Blaue Sensoren im Boden geben Auskunft, ob der Stellplatz belegt ist. Dieses System auf Handwerksbetriebe auszuweiten wäre der nächste Schritt.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

7.2	Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses: Verteilungsvorschlag zu den prognostizierten Einnahmen und Ausgaben in den Rahmenezuweisungen(RZ) 1-254.09.01.405.001 "Betriebsausgaben für die offene Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit" (RZ OKJ), 1-254.09.02.405.001 "Förderung der Erziehung in der Familie" (RZ FamFö), 1-254.09.03.404.001 "Betriebsausgaben für sozialraumorientierte Angebote der Jugend- und Familienhilfe" (RZ SAE-Alt) Drucksache: 21-2920	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Jugendhilfeausschuss hat sich in seiner Sitzung am 24.11.2021 mit der o.g. Thematik befasst und mehrheitlich, bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE folgende Beschlussempfehlung abgegeben:

Der Verteilungsvorschlag möge in der vorliegenden Form beschlossen werden.

Begründung:

Das Bezirksamt hat auf der Basis der vorliegenden Anträge und unter Berücksichtigung der Förderung in 2021 einen Verteilungsvorschlag für 2022 vorbereitet.

Für das Haushaltsjahr 2022 ergibt sich ein rechnerisches Defizit von ca. € 254.777,-. Dieses errechnet sich aus der Differenz zwischen den voraussichtlichen Bewilligungen 2022 (nach Prüfung der Anträge durch das Jugendamt) und den Mittelansätzen für 2022.

Es wurden Reste und Rückflüsse aus Verwendungsnachweisprüfungen in Höhe von € 273.656,- berücksichtigt, so dass der Verteilungsvorschlag für 2022 ohne Berücksichtigung einer zu erwartenden Tariflohnerhöhungen ab 01.10.2021 - 31.12.2022 ausgeglichen ist. Sobald das Ergebnis der Tariflohnerhöhung feststeht, wird geprüft, inwieweit dieses in 2022 durch Rückflüsse aus den Verwendungsnachweisprüfungen umgesetzt werden kann.

Den Trägern wurde die Möglichkeit gegeben, bis zum 10.11.2021 zu ihren einzelnen Verteilungsvorschlägen Stellung zu nehmen. Kein Träger hat seinen Verteilungsvorschlag abgelehnt.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen	:	GRÜNE, SPD, CDU, FDP
Gegenstimmen	:	
Stimmenthaltungen	:	DIE LINKE



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

7.3	Gute Beleuchtung zwischen Kiwittemoor und Holitzberg notwendig Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 21-2915	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 22.11.2021 mit der o.g. Thematik auf der Grundlage eines interfraktionellen Antrages der GRÜNEN-Fraktion, der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

1. Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich kurzfristig dafür einzusetzen, den Verbindungsweg zwischen Holitzberg und Kiwittemoor (Tweltenmoor) in das priorisierte Beleuchtungsprogramm des Bezirks Hamburg-Nord aufzunehmen, um die Installation der sechs notwendigen Beleuchtungskörper aus dem von der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende (BVM) bereitgestelltem Budget zu finanzieren.
2. Das Bezirksamt wird aufgefordert, bei erfolgreicher Aufnahme in das Programm, eine geeignete Beleuchtungsanlage in dem beschriebenen Gebiet zu installieren.
3. Das Ergebnis soll im Ausschuss für bis Ende 2021 vorgestellt werden.

Begründung:

In Langenhorn gibt es einen öffentlichen Weg zwischen Holitzberg und Kiwittemoor (Tweltenmoor), der gleichmäßig ausgeleuchtet werden sollte.

Der Senat hat in seiner Drucksache 22-4312 die Möglichkeit einer Umsetzung geschaffen, wenn die Beleuchtungsverbesserung in das priorisierte Programm des Bezirksamtes zur Beleuchtungsoffensive aufgenommen wird. In diesem Fall kann die Finanzierung aus dem von der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende (BVM) bereit gestellten Budget erfolgen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

7.4	Mehr Platz zu Fuß in Hoheluft-Ost! Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 21-2934	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

In seiner Sitzung am 29.11.2021 hat sich der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude mit o.g. Thematik auseinander gesetzt und mehrheitlich bei Gegenstimmen der CDU und FDP Punkt 1 und einstimmig die Punkte 2-5 folgender Beschlussempfehlung abgestimmt:

1. Die Bezirksversammlung unterstützt auch weiterhin die Umgestaltung der Kreuzung Abendrothsweg / Löwenstraße zu einer „Knochenkreuzung“ wie in der Musterlösung K1 der Fußverkehrsstrategie Hoheluft-Ost [6] dargelegt (Diagonalsperre für Kfz). Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, zu prüfen, wie die einmündenden Straßen wie in der Fußverkehrsstrategie skizziert zu Einbahnstraßen umgewandelt werden können, um so die Fahrbahnen im Kreuzungsbereich besonders schmal gestalten zu können. Die neu entstehende autofreie Platzfläche soll im Rahmen eines Beteiligungsworkshops als Spiel- und Erholungsfläche gestaltet werden. Bei der Planung der Einbahnstraßen ist aber auch darauf zu achten, dass sich der Verkehr nicht über Gebühr in die Nebenstraßen verlagert. Wir empfehlen, hier mehrere Varianten vorzustellen.
2. Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, die Nebenflächen in Husumer Straße (Abschnitt Löwenstraße bis Curschmannstraße) und Abendrothsweg durch geeignete Mittel (z.B. Fahrradbügel, Poller, Sitzbänke) gegen Falschparken abzusichern. Wo immer möglich und sinnvoll, möge der hart befestigte Teil des Gehwegs um eine Gehwegplatte (50 cm) verbreitert werden, wenn möglich zu den Gebäuden hin statt zur Fahrbahn. Zudem wird der Bezirksamtsleiter gebeten, die Zahl der Fahrradbügel in den genannten Straßen zu steigern, wenn nötig auch durch Inanspruchnahme von Parkflächen auf der Fahrbahn. Neben zahlreichen Bügeln für gewöhnliche Fahrräder mögen auch einige Anschlussmöglichkeiten für Lastenräder auf der Fahrbahn geschaffen werden. Im Rahmen der Aufstellung von Fahrradbügeln möge das Bezirksamt prüfen, ob es möglich ist, eine Überdachung der Bügel als Pilotprojekt zu testen.
3. Gleichzeitig ist der Schutz der Bäume vor parkenden Fahrzeugen vor allem im Abendrothsweg sicherzustellen. Hier empfiehlt sich, zu prüfen, inwieweit auch hier Fahrradbügel auch auf der Fahrbahn möglich sind.
4. Das vorsitzende Mitglied möge sich beim örtlich zuständigen Polizeikommissariat dafür einsetzen, dass in Husumer Straße (Abschnitt Löwenstraße bis Curschmannstraße) und Abendrothsweg die geltende Parkordnung durch entsprechende Kontrollen durchgesetzt



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.12.2021

wird, insbesondere für die Zeit nach der Umgestaltung gemäß 2.) und mit Fokus auf solche Stellen, an denen sich eine wirksame Sicherung (mit Pollern o. ä.) als nicht möglich erwiesen hat.

5. Neufassung 5 (aus Änderungsantrag 21-2928):

Alle genannten Maßnahmen des Bezirksamts mögen vor der jeweiligen Umsetzung im Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude vorgestellt werden. **Änderungen sollen durch die Beteiligung der Öffentlichkeit und Beratungen möglich sein.** Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, die Anwohner und Anwohnerinnen **im Umfeld der geplanten Maßnahmen** mit geeigneten Mitteln zu derjenigen Sitzung des Regionalausschusses einzuladen, in der die jeweiligen Maßnahmen vorgestellt werden. Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, der Bezirksversammlung Möglichkeiten für die Finanzierung einer solchen begleitenden Kommunikation aufzuzeigen und die entsprechend erforderlichen Summen zu nennen.

Begründung:

Seit Beginn des Jahres 2021 wird die Fußverkehrsstrategie Hoheluft-Ost endlich umgesetzt:

- a. In der nördlichen Heider Straße wurde der Gehweg um eine Platte verbreitert, im südlichen Teil der Straße müssen Fußgänger*innen sich die Gehwege nun nicht mehr mit Autos teilen. [1]
- b. Im September wurde eine Planung für die Kreuzung Abendrothsweg / Neumünstersche Straße vorgestellt, die die Querung gerade für Menschen mit Seh- und Gehbehinderungen vereinfachen wird. [2]
- c. Für 2022 hat das Bezirksamt den Bau einer barrierefreien Querungshilfe über das Falkenried auf Höhe der südlichen Einmündung des Straßenbahnringes in Aussicht gestellt. [3]
- d. Ebenfalls bereits beschlossen ist eine Neugestaltung der Kreuzung Abendrothsweg / Löwenstraße, die als „Knochenkreuzung“ (auch Diagonalsperre genannt) hergestellt werden soll. Kfz müssen hier also in eine vorgegebene Richtung abbiegen. Radfahrende können die Kreuzung dagegen weiterhin normal nutzen, während Fußgänger*innen die Kreuzung sogar, ohne eine Fahrbahn betreten zu müssen, diagonal werden queren können. Davon werden insbesondere die Schüler*innen der Grund- und Stadtteilschule Eppendorf profitieren. [4]
- e. Perspektivisch ist zudem von der Bezirksversammlung beschlossen, einige Maßnahmen im Rahmen des Ausbaus von Eppendorfer Weg und Falkenried zur Veloroute 13 umzusetzen. Als Stichworte seien hier Tempo 30, aufgepflasterter Mittelstreifen Eppendorfer Weg und Kreisverkehr Eppendorfer Weg/Falkenried genannt. [5]

Gerade für die konkrete Gestaltung der unter d) genannten Maßnahme für die Kreuzung Abendrothsweg / Löwenstraße sollten die Anwohner*innen mit ins Boot geholt werden. Schließlich bietet der neue Platz eine - wenn auch kleine - Gestaltungsmöglichkeit für den knappen öffentlichen Raum in Hoheluft-Ost.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.12.2021

Darüber hinaus gibt es leider einige weitere Straßen in Hoheluft-Ost, in denen Kinderwagen und Rollatoren sich nicht auf dem Fußweg begegnen können, weil dieser dafür zu schmal ist. Genau das ist aber das politische Ziel für Hoheluft-Ost: Die Situation für Fußgänger*innen so zu verbessern, dass auch Menschen mit Mobilitätseinschränkungen gern dort unterwegs sind. Während es in der Husumer Straße meist nur an einer hinreichend breiten Befestigung des Gehweges mangelt (heute Glensanda), wird im Abendrothsweg an vielen Stellen ordnungswidrig bis auf den Gehweg geparkt. Das behindert nicht nur Menschen mit Gehstock oder radfahrende Kinder, sondern schädigt auch die Wurzeln der Straßenbäume. Bezirksamt und Polizei sind daher gebeten, die Breite der öffentlichen Gehwege von Falschparker*innen freizuhalten und die Gehwege auch ausreichend breit mit Gehwegplatten zu befestigen.

Doch nicht nur Autos auf Gehwegen sind Fußgänger*innen im Weg. Das Gleiche gilt auch für Fahrräder, die so angeschlossen werden, dass sie Teile des Gehwegs blockieren. Abhilfe schaffen hier zusätzliche Anschließmöglichkeiten für Fahrräder im Straßenraum.

Gleichzeitig fällt auf, dass an mehreren Stellen bis nah an die Bäume geparkt wird. An diesen Stellen bedarf es des Schutzes der Bäume. Hier böten sich Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Nummer 1.:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : GRÜNE, SPD, DIE LINKE, FDP
Gegenstimmen : CDU
Stimmenthaltungen :

Nummern 2. – 5.:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

7.5	Lärm-Verringerung und Entsiegelung am "Platz am Wasser" Alter Güterbahnhof 7a und b Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 21-2935	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

In seiner Sitzung am 29.11.2021 hat sich der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude mit o.g. Thematik auseinander gesetzt einstimmig folgender Beschlussempfehlung verfasst:

1. Das Bezirksamt wird gebeten **zeitnah** zu prüfen, ob auf den Betonsockeln des "Platz am Wasser" Alter Güterbahnhof 7a und b „Skatestopper“ installiert werden können. Die Form und Art, ist mit den Anwohnern vor Ort abzustimmen
2. Das Bezirksamt prüft, ob die Installation aus Eigenmitteln erfolgen kann. Sollte dieses zum Teil oder gänzlich nicht der Fall sein, so ist den Anwohnern vor Ort die Möglichkeit zu geben, die fehlenden Mittel selber beizusteuern.
3. Das Ergebnis der Prüfung wird in einer der nächsten Sitzungen des Regional Ausschusses Eppendorf/Winterhude vorgestellt.
Die Situation am „Platz am Wasser“ hat sich bisher für die Anwohner noch nicht verbessert. Des Weiteren ist der Großteil des Platzes mit Beton versiegelt. Eine zusätzliche Begrünung der Fläche bietet sich an und würde auch die Aufenthaltsqualität wesentlich verbessern. Zusätzliche Grünflächen würden außerdem dazu führen, dass die Sprünge von Skateboarden nicht mehr funktionieren würden und die Lärmbelästigung zu den Ruhezeiten sinkt. Ziel sollte es außerdem sein, einen Aufenthaltsraum für das Quartier zu schaffen, in dem sich die Anwohner treffen und austauschen können.
Da ein Umbau zwar sinnvoll, aber auch aufwändig und kostenintensiv ist, sollte im ersten Schritt eine kleine Maßnahme vorgenommen werden, um die Anwohner zu entlasten. Hierfür würde sich das Aufbringen von so genannten „Skatestopper“ eignen, die Grinds auf den Bänken verhindern (s. Foto). Dadurch würden die Anlagen vor Beschädigung (s. Drucksache - 21-2688 und 21-1787) geschützt und der Aufwand hielte sich in Grenzen. Einige Eigentümer haben auch schon angekündigt, sich bei Bedarf finanziell an diesen Umbaumaßnahmen zu beteiligen.

Begründung:

Die Situation am „Platz am Wasser“ hat sich bisher für die Anwohner noch nicht verbessert. Des Weiteren ist der Großteil des Platzes mit Beton versiegelt. Eine zusätzliche Begrünung der Fläche bietet sich an und würde auch die Aufenthaltsqualität wesentlich verbessern. Zusätzliche



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.12.2021

Grünflächen würden außerdem dazu führen, dass die Sprünge von Skateboards nicht mehr funktionieren würden und die Lärmbelastigung zu den Ruhezeiten sinkt. Ziel sollte es außerdem sein, einen Aufenthaltsraum für das Quartier zu schaffen, in dem sich die Anwohner treffen und austauschen können. Da ein Umbau zwar sinnvoll, aber auch aufwändig und kostenintensiv ist, sollte im ersten Schritt eine kleine Maßnahme vorgenommen werden, um die Anwohner zu entlasten. Hierfür würde sich das Aufbringen von so genannten „Skatestopper“ eignen, die Grinds auf den Bänken verhindern (s. Foto). Dadurch würden die Anlagen vor Beschädigung (s. Drucksache - 21-2688 und 21-1787) geschützt und der Aufwand hielte sich in Grenzen. Einige Eigentümer haben auch schon angekündigt, sich bei Bedarf finanziell an diesen Umbaumaßnahmen zu beteiligen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

7.6	Projektmittel der Stadtteilkulturförderung 2021 hier: Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport v. 30.11.2021 Drucksache: 21-2948	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 30.11.2021 mit den u.a. Projektmitteleträgen und einstimmig die folgenden Beschlussempfehlung verabschiedet:

Sondermittel für interkulturelle Projekte 2021

1. Drucksache 21-2908

Antragsteller/in: **Goldbekhaus e.V.**

Projekt: „**Schwesterherz - interkulturelles Frauenfest 2022**“

Höhe der beschlossenen Förderung: **5.000,00 €**

Förderzeitraum: **06.03.2022**

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen.**

Projektmittel der Stadtteilkultur 2022

2. Drucksache 21-2838

Antragsteller/in: **Barmbeker Verein für Kultur und Arbeit e.V. - Zinnschmelze**

Projekt: „**Orchester für eine bessere Zukunft - 2.Projektphase**“

Höhe der beschlossenen Förderung: **5.000,00 €**

Förderzeitraum: **Januar - Juni 2022**

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen.**

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

7.7	Überlassung kommunaler Sportstätten hier: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 21-2949	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 30.11.2021 mit der o.g. Thematik befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Bezirksamtsleiter wird gebeten,

1. zukünftige Ausschreibungen oder Interessenbekundungsverfahren im Zusammenhang mit der Überlassung von kommunalen Sportstätten vor Veröffentlichung dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport im nichtöffentlichen Teil einer Sitzung vorzustellen;
2. insbesondere die Bewertungskriterien, deren Gewichtung und die Besetzung des Entscheidungsgremiums in einem nichtöffentlichen Teil vorzustellen;
3. zwei Ausschussmitgliedern und zwei Vertreter*innen die Möglichkeit zu geben, an Präsentationen oder Anhörungen im Verfahrensverlauf teilzunehmen;
4. den Ausschuss über den Ausgang von Ausschreibungen oder Interessenbekundungsverfahren per öffentlicher Drucksache zu informieren.“

Hintergrund:

Hamburg hat über 1.500 Sportstätten. Schulsportstätten, Fußballplätze, Eisflächen, Beachvolleyballfelder und vieles mehr. Eigentümerinnen sind in Teilen die Stadt Hamburg in Form von unterschiedlichen Behörden und Dienststellen, aber auch Sportvereine und -verbände oder andere Organisationen. Der Mix aus kommunaler und privater Trägerschaft hat sich bewährt.

Vor 15 Jahren wurden viele kommunale Sportstätten in die Trägerschaft von gemeinnützigen Sportvereinen übertragen, um den Betrieb sachgerechter und flexibler organisieren zu können. Die Überlassung von kommunalen Sportstätten ist weiterhin ein wichtiger Baustein zur Weiterentwicklung der Active City.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

**der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021**

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

7.8	Unterstützung für den SC Urania hier: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 21-2950	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 30.11.2021 mit der o.g. Thematik beschäftigt und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Bezirksamtsleiter wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass

1. das Bezirksamt Hamburg-Nord und der SC Urania sich im Januar 2022 dazu austauschen, welche Ausweichflächen für die Bauzeiten benötigt werden,
2. das Bezirksamt bis März 2022 Ausweichsportstätten benannt hat,
3. die Finanzbehörde sowie die Behörde für Inneres und Sport gemäß § 27 BezVG gebeten werden, den Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) prüfen zu lassen, unter welchen Voraussetzungen eine temporäre Nutzung des aufgegebenen Kirchenstandorts am Rudolphiplatz möglich ist und ggfs. die Kreativgesellschaft oder das Landessportamt als Zwischennutzungsvermieter zu beauftragen.“

Hintergrund:

An der Habichtstraße entsteht auf dem bisherigen Fußballplatz des SC Urania ein neues Sportzentrum. Neben einem Kunstrasenspielfeld wird ein neues Gebäude errichtet, das den Sportler*innen, aber auch Gruppen aus den angrenzenden Quartieren in Barmbek-Nord oder dem Dulsberg ein neues zu Hause bietet.

Die Gesamtkosten von über sechs Millionen Euro werden aus öffentlichen Mitteln getragen - die Fertigstellung ist für Ende 2023 vorgesehen. Der Abriss der bisherigen Sportstätten ist für das 2. Quartal 2022 vorgesehen.

Zeitgleich soll die bisher von vielen Sportgruppen des gemeinnützigen Stadtteilvereins genutzte Sportanlage an der Königshütter Straße erneuert werden. Zusammen mit dem noch unbekanntem zukünftigen Betreiber werden die baulichen Details abgestimmt. Neben der Erneuerung der Funktionsräume sollen in einem Neubau auch Bewegungsräume entstehen. Die Gesamtkosten von über fünf Millionen Euro werden aus öffentlichen Mitteln getragen - die Fertigstellung ist für



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.12.2021

Ende 2023 vorgesehen.

Die Gleichzeitigkeit der Baumaßnahmen bedingt, dass die beiden bisher mitgliederstärksten Abteilungen des Sportvereins über mindestens ein Jahr in ihrer Sportausübung beeinträchtigt sind. Der Traditionsverein aus Barmbek-Nord benötigt in dieser besonders herausfordernden Situation eine kräftige Unterstützung des Bezirksamts Hamburg-Nord.

Um die eintretende Lage für den ehrenamtliche Vereinsführung und die über 600 Mitglieder gestalten zu können, ist die Nutzung des aufgegebenen Kirchenstandorts St. Bonifatius als temporärer Vereinssitz sowie die vorübergehende Einrichtung von Sporträumen eine vielversprechende Option. Als Labor für die spätere Fortführung von Kursangeboten bietet die ungenutzte Immobilie viele Möglichkeiten, die Zusammenarbeit mit dem umliegenden Quartieren zu erproben, um diese nach Fertigstellung der neuen Sportstätten fortzuführen. Die Verwertung des städtischen Grundstücks am Rudolphiplatz kann bis Ende 2023 entwickelt und nach dem Umzug des SC Urania in das neue Sportzentrum vollzogen werden.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

7.9	Mehr Sicherheit für die Kitas am Hofweg Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 21-2956	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 07.12.2021 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der GRÜNE- und SPD-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet: Die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass im Bereich der Kindertagesstätten „Kinderinsel“ und „Lillys Spuren“ im Hofweg eine Tempo 30-Strecke angeordnet wird.

Begründung:

Am Hofweg befinden sich die Kindertagesstätten „Kinderinsel“ und „Lillys Spuren“. Dort fahren viele Fahrzeuge nach Angaben der Menschen vor Ort zu schnell. Gerade diejenigen, die aus dem Mühlenkamp kommen, beschleunigen nach dem Verlassen der Tempo 30-Strecke am Mühlenkamp stark. Das ist sowohl für die Kinder, aber auch für andere Menschen, die zur Fährhausstraße und weiter zur Alster wollen, sehr gefährlich.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

7.10	Falschparken unterbinden und sicheres Überqueren sicherstellen Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 21-2957	ungeändert beschlossen
-------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 07.12.2021 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der GRÜNE- und SPD-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

1. Die Verwaltung wird gebeten, so schnell wie möglich, auf Seite der X22-Bushaltestelle „Biedermannplatz“ einen zusätzlichen Holzpfehl einzusetzen.
2. Die Polizei wird gebeten zu überprüfen, ob weitere Sicherungsmaßnahmen wie z.B. Klapp-Pfosten angebracht werden können.
3. Es wird gebeten, den Regionalausschuss über die Maßnahmen in Kenntnis zu setzen.

Begründung:

In der Weidestraße 118 A vor der Fielmann-Zentrale befindet sich neben der X22-Bushaltestelle „Biedermannplatz“ eine Querungshilfe. Der Übergang zur Querungshilfe wird auf beiden Seiten regelmäßig als Parkplatz genutzt, wodurch das sichere Querens der Straße erschwert wird. Die beigefügten Bilder verdeutlichen die Situation.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.12.2021

Öffentlich

7.11	Bessere Erreichbarkeit des hvv switch-Punktes Habichtstraße ermöglichen Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 21-2958	ungeändert beschlossen
-------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 07.12.2021 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der GRÜNE- und SPD-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet: Die Vorsitzende der Bezirksversammlung möge dafür einsetzen, dass eine weitere oder eine alternative Anfahrtsmöglichkeit des hvv-switch-Punkts Habichtstraße/Schlicksweg ermöglicht wird. Hierfür möge insbesondere geprüft werden, ob:

1. die Einbahnstraßenregelung aufgehoben werden kann;
2. die Zufahrt zum hvv-switch-Punkt aus dem Schlicksweg ermöglicht werden kann („frei bis hvv-switch“);
3. die Einbahnstraßenregelung umgekehrt werden kann.

Begründung:

An der Habichtstraße 104 unweit der U-Bahn Haltestelle Habichtstraße wurde ein hvv-switch-Punkt mit 6 Parkplätzen eingerichtet.

Es handelt sich hier um ein kurzes Stück Straße welches die eigentliche Habichtstraße mit dem Schlicksweg verbindet. Durch die Anordnung einer Einbahnstraße mit Fahrtrichtung Habichtstraße > Schlicksweg ist es untersagt, vom Schlicksweg aus einzufahren.

Nutzer*innen des hvv-switch-Punkts, die aus Richtung Norden oder aus dem Bereich Dieselstraße/Schlicksweg kommen, müssen daher einen großen Umweg fahren, um dorthin zurück zu gelangen - denn von der Habichtstraße aus ist eine Zufahrt nur aus Richtung Südosten möglich. Da dies vielen nicht sinnvoll erscheint, kommt es regelmäßig zu einer falschen Einfahrt in die Einbahnstraße.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen